

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Dietrich Sperling MdB,
Parlamentarischer Staats-
sekretär beim Bundesbaumi-
nister, unterstreicht, daß
das Kleingartenrecht auch
künftig Sonderrecht bleiben
wird: Befürchtungen unbe-
gründet.

Seite 1/2

Peter Schellschmidt zur
Zeyer-Nichtwahl: Symptoma-
tischer als Berliner Kos-
metik-Parteitag.

Seite 3

Heide Simonis MdB kriti-
siert, daß die Steuerschul-
den auf 7,4 Milliarden DM
gewachsen sind: Bereiche-
rung auf Kosten der Allge-
meinheit.

Seite 4

Hans Urbanik MdB unter-
sucht die vordergründigen
Bekennnisse der Union zur
Einheitsgewerkschaft: Dop-
pelstrategie für Anfänger.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 97

22. Mai 1980

Befürchtungen unbegründet

Kleingartenrecht wird auch in Zukunft Sonderrecht bleiben

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juni 1979 hat unter den Betroffenen erhebliche Unruhen ausgelöst. In diesem Beschluß hatte das oberste deutsche Gericht die behördliche Genehmigungspflicht für eine Kündigung von Kleingartenpachtverträgen mit privaten Grundstückseigentümern für verfassungswidrig erklärt und hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit anderer Vorschriften des Kleingartenrechts Bedenken geäußert. Die Prüfung der Tragweite des Beschlusses und der aus ihm zu ziehenden Konsequenzen hat ergeben, daß dadurch die Grundlagen des geltenden Kleingartenrechts insgesamt betroffen wurden. Insbesondere die Kündigungsgründe, die Problematik der Zulassung zeitlich befristeter Verträge, die Entschädigung und die Bereitstellung oder Beschaffung von Ersatzland im Falle der Beendigung von Pachtverträgen sowie die Pachtzinsen müssen somit neu geregelt werden.



Dabei steht jedoch für die Bundesregierung eines fest: Die besonderen Probleme des Kleingartenrechts, insbesondere die sozialpolitische und auch städtebauliche Bedeutung des Kleingartenwesens rechtfertigen und erfordern es, das Kleingartenrecht auch weiterhin als Sonderrecht beizubehalten. Befürchtungen, daß nunmehr der besondere Schutz von Pächtern von Kleingartenland in Frage gestellt würde, sind deshalb gänzlich unbegründet.

Besonderes Augenmerk muß darauf gerichtet werden, daß Gegenstand des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts lediglich Pachtverträge mit privaten Verpächtern gewesen sind. Der weitaus größte Teil des kleingärtnerisch genutzten Landes steht jedoch im Eigentum der Gemeinden. Die Eigentümerpositionen eines privaten Verpächters und einer Gemeinde müssen jedoch unterschiedlich beurteilt werden. Dies wird bei der Novellierung des Kleingartenrechts zu berücksichtigen sein, insbesondere im Hinblick auf die Ausgestaltung der Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums. In diesem Zusammenhang ist insbesondere von Bedeutung, daß das Bundesverfassungsgericht die Bereitstellung von Kleingartenland ausdrücklich zu einer Aufgabe der Gemeinden erklärt hat.

Beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ist eine "Arbeitsgruppe Kleingartenrecht" gebildet worden, der Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis angehören, unter anderem auch Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände. Diese Sachverständigen haben ihre Arbeit bereits aufgenommen; sie sollen im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens alle relevanten Fragen klären und entsprechende Vorschläge zur Neuregelung des Kleingartenrechts unterbreiten. Wann die Arbeiten abgeschlossen sein werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Die Bundesregierung wird aber die Gesetzesvorbereitung zügig weitertreiben.

(-/22.5.1980/vo-he/ca)

+ + +



Götterdämmerung

Zeyer-Nichtwahl symptomatischer als Berliner Kosmetik-Parteitag

Von Peter Schellschmidt

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

Die "Götterdämmerung" (Strauß), die "Wende" (Kohl) kam schneller als erwartet: Nur einen Tag nach dem Ende des CDU-Parteitages in Berlin brach die Fassade der "überzeugenden Geschlossenheit" der Union (Stoiber) zusammen. Die Abstimmung im saarländischen Landtag ist für den Zustand der CDU symptomatischer als die Berliner Parteitagskosmetik.

Im Saarland kam zum Ausdruck, was auch andernorts gilt: Erst nach dem Strauß-Schock im Saarland und in Nordrhein-Westfalen wird vielen bewußt, daß einer CDU, die sich dem CSU-Vorsitzenden bedingungslos unterordnet und nach rechts rückt, weder alle CDU-Leute noch die Wähler folgen. Die CDU steht nun vor dem Dilemma, das sie mit Übernahme des "Programms Strauß" selbst geschaffen hat.

Und diese Götterdämmerung führt jetzt zu Verhaltensweisen, wie sie der Union schon immer nach Niederlagen eigen waren: Persönliche Interessen werden vor die der Partei gestellt. Das Beispiel im Saarland ist dafür bislang der spektakulärste, aber nicht der einzige Vorgang.

Man darf gespannt sein, wie sich das weiterentwickelt bis zur Vorstellung der sogenannten "Strauß-Mannschaft". Schon jetzt deutet sich an, daß sich die Bereitschaft, sich nominieren zu lassen, bei den meisten CDU-Fürsten in Grenzen hält.

(-/22.5.1980/ks/ca)

+ + +



7,4 Milliarden DM Steuerschulden

Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit

Von Heide Simonis MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Der für den "Blick in die Zukunft" zuständige Arbeitskreis errechnete im März, daß insgesamt 2,1 Milliarden DM weniger als noch im Oktober 1979 angenommen in die Staatskassen an Steuereinnahmen fließen werden. Dabei werden Bund und Länder ein Minus von 1,5 beziehungsweise 1,2 zu tragen haben, die Gemeinden dagegen sogar noch mit einem Plus von 0,6 bis 0,8 Milliarden DM rechnen können. Angesichts der teilweise angespannten Lage in allen Kassen ist dieses natürlich eine wenig erfreuliche Entwicklung, die auch durch Erhöhung der Nettokreditaufnahme nicht so ohne weiteres aus der Welt geschaffen werden kann. Rechnerisch würden dann die Kassen wieder stimmen, langfristig müssen aber Kredite wieder zurückbezahlt und verzinst werden. So ist es nicht verwunderlich, daß sich die "Haushälter" des Deutschen Bundestages Gedanken darüber machen, welche Konsequenzen sie bei den Beratungen über den Bundesnachtragshaushalt 1980 aus dieser Tatsache ziehen wollen.

Der Bundesfinanzminister hat in seinem Entwurf den gelungenen Versuch unternommen, die Mehrausgaben des Nachtragshaushalts durch Einsparung an anderer Stelle wieder auszugleichen. Umso überraschender ist dann eine Mitteilung vom April, daß Bund, Länder und Gemeinden noch Haushaltsreserven in Milliardenhöhe haben, wie aus einer Mitteilung des Bundespresseamtes hervorgeht. Es handelt sich hierbei um Steuerrückstände, die im Jahre 1979 von elf auf 11,8 Milliarden DM angestiegen sind. Daran haben die veranlagte Einkommensteuern mit 4,6 Milliarden DM und die Umsatzsteuer mit 4,2 Milliarden DM den größten Anteil. Wenn auch nach Aussage der Bundesregierung einige dieser Beträge nicht oder nur langfristig zu realisieren sind, so ist doch erstaunlich, daß mehr als 8,6 Milliarden DM als tatsächliche Haushaltsreserve anzusehen sind, weil sie als echte Rückstände (Steuern, die von säumigen Steuerzahlern einbehalten wurden) einzustufen sind und eine Höhe von 7,4 Milliarden DM erreichen beziehungsweise gestundete Beträge sind, die immerhin auch noch 1,2 Milliarden DM ausmachen, wobei im letzten Teil die Finanzämter von ihrem Recht Gebrauch machen, wegen befürchteter Härten, die Steuerpflichtigen nicht direkt zur Kasse zu bitten.

Läßt man die letztgenannte Summe einmal außer Betracht - niemand will schließlich durch das pünktliche Eintreiben von Steuern einen Steuerpflichtigen zur Aufgabe seines Geschäftes oder seiner Existenz zwingen - so bleibt dennoch zu fragen, wie es passieren kann, daß eine Summe von 7,4 Milliarden DM von säumigen Steuerzahlern nicht einbezahlt werden, während der Bund alleine in diesem Jahr mit etwa etwa elf Milliarden DM zur Tilgung von Krediten beitragen muß.

Hier bereichern sich einige wenige auf Kosten der Allgemeinheit und Bund und Länder sind aufgefordert, so schnell wie möglich Verfahren zu entwickeln, die es einmal als wenig reizvoll erscheinen lassen, seine Steuern nicht zu bezahlen, andererseits aber auch ein gewisses Anreizsystem beinhalten, seine Steuern schneller zu zahlen. Man könnte hier an positive oder negative Zinsen denken.

(-/22.5.1980/ks/ca)

+ + +



Doppelstrategie für Anfänger

Vordergründige Bekenntnisse der Union zur Einheitsgewerkschaft

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Der Welle der Begeisterung und Motivation sind derzeit in der Union enge Grenzen gesetzt. Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen ist lediglich eine Bestätigung. Als Ursache ist der Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß auszumachen. Der CSU-Vorsitzende kommt bei den Wählern nicht an, er wird bei der CDU mehr denn je mit Skepsis bewertet; bei den CDU-Arbeitnehmern kommt er erst recht nicht an. Warum das so ist, ist nur für den Kanzlerkandidaten selber unerklärlich. Strauß und genauso Biedenkopf haben es schwer, sich als Garanten zur Sicherung der Arbeitnehmerinteressen darzustellen. Das politische Profil ist es, was den Leuten nicht gefällt.

Dem christlich-sozialen Feigenblatt der Union, den Sozialausschüssen, obliegt es, sich zur Einheitsgewerkschaft zu bekennen. Die CDU unterstreicht zum Beispiel durch ihren Generalsekretär bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die "Notwendigkeit eines pluralistischen Gewerkschaftssystems". Es ist noch nicht lange her, daß die CSU die Geburtshilfe für eine starke Richtungsgewerkschaft leisten wollte; die organisatorischen Vorbereitungen waren bereits ausgetüftelt, doch dann entschloß man sich, die Sache einstweilen aufs Eis zu legen. Die Sozialausschüsse sollten nicht den Eindruck haben, die CSU habe ihre Pläne begraben, auch dort glaubt man an eine Vertagung. Der Kanzlerkandidat hat den Streit mit den Gewerkschaften einstweilen zurückgestellt, den Kampf gegen die Einheitsgewerkschaft vertagt - mehr nicht.

Die Sozialausschüsse haben sich mit der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß rasch abgefunden, doch bewundert wird der flinke Opportunismus auch im Nachhinein nicht. Die wirtschaftspolitische Kernaussage von Kurt Biedenkopf, Vollbeschäftigungspolitik solle nicht mehr betrieben und die entsprechenden staatlichen Aktivitäten generell zurückgedrängt werden, ist nicht der Einfall eines Einzelgängers, sondern entspricht haarscharf den Wertvorstellungen des CSU-Vorsitzenden. Gleichwohl glaubt man, in den Betrieben besser Fuß fassen zu können, wenn man sich nur ordentlich anstrengt. Kürzlich sind Nachforschungsversuche des Arbeitnehmersekretariats der CDU Westfalen-Lippe bekannt geworden, die der Basiserweiterung dienen sollen. In dem Rundschreiben heißt es: "Die CDU ist bestrebt, in den Betrieben und Verwaltungen ihre Position zu verstärken." Der Bezirkssozialsekretär der CDU will erfahren, "in welchen Betrieben und Verwaltungen CDU-Mitglieder tätig sind". Will die CDU in die Betriebe hineinregieren? Geht es darum, die Sacharbeit zu fördern oder wird so eine Kampagne zur Unterwanderung gestartet?

Welche Schlußfolgerungen man auch immer ziehen mag, völlig klar ist, der "Bekennernut" zur Union ist offenbar unterentwickelt - und da braucht man nicht lange fragen warum. Die organisatorischen Schwächen liegen jedoch nicht an technischen Mängeln. Wer Resonanz finden will, muß etwas anzubieten haben, was die Arbeitnehmer interessiert. Das ist die eigentliche Schwäche der CDU und die Schwachpunkte sind deutlicher geworden, seit man sich im Schatten der CSU bewegen muß,

(-/22.5.1980/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

